

Öffentliche Veranstaltung des SP Quartiervereins Gundeldingen Bruderholz
und der Stiftung Rheinleben zur Situation psychisch Erkrankter

«Die Politik muss zu den Menschen gehen!»

Psychisch Erkrankte fühlen sich im Kontakt mit Sozialwerken und Behörden oft überfordert und haben keine Lobby. Der SP-Quartierverein Gundeldingen-Bruderholz hat in Zusammenarbeit mit der Stiftung Rheinleben, die im Gundeli 4 Einrichtungen betreibt, mit Betroffenen den Austausch gesucht.

GZ. Für körperlich beeinträchtigte Menschen wie z.B. Geh-, Seh- oder Hörbehinderte hat sich in den letzten Jahren in der Schweiz viel getan: rollstuhlgängige Infrastrukturen, breite Unterstützungsangebote usw. Ganz anders die Situation für psychisch Erkrankte. Wer unter Angststörungen oder massiven Depressionen leidet, und davon sind immer mehr Menschen betroffen, muss sich heute auch noch gegen den Vorwurf der «Scheininvalidität» wehren. Wenn Vertreter:innen der IV, der EL oder der Sozialhilfe dann noch unter dem Druck rigider Sparauflagen unsensibel mit psychisch Erkrankten umgehen, ist der nächste psychische Zusammenbruch oft nicht weit. Ein Teufelskreis mit fatalen, auch finanziellen Folgen für die Betroffenen, die auch die häufig



Peter Ettlin, Geschäftsführer der Stiftung Rheinleben: «Wir betreiben allein im Gundeli 4 Einrichtungen. Das Gundeli ist ein sehr integratives Quartier.»
Fotos: zVg

jahrelange Abklärungszeit, bis die IV überhaupt einen Entscheid fällt, als sehr belastend erleben.

Zusammen mit der staatlich mitsubventionierten Basler Stiftung Rheinleben diskutierte der SP-Quartierverein Gundeldingen-Bruderholz mit Betroffenen am 6. September an einer öffentlichen Mitgliederversammlung im Restaurant Bundesbähnli. Die Stiftung betreibt allein im Gundeli 4

Einrichtungen mit zahlreichen Klient:innen (Tagesstrukturen, Wohnheime und Beratungsstellen). Peter Ettlin, seit 17 Jahren Geschäftsführer der Stiftung: «Der SP-Quartierverein hat den ersten Schritt gemacht, ist aktiv auf die Menschen mit psychischen Erkrankungen zugegangen und nimmt ihre Anliegen ernst. Die Politik muss zu den Menschen gehen!»

Fazit des Abends: Unterstützung durch Begleitpersonen bei Behördengängen wäre wichtig. Ein besserer Zugang in den zweiten Arbeitsmarkt. Einfachere Abläufe, schnellere Bearbeitung von

IV-Anträgen und eine verständlichere und sensiblere Ansprache der Erkrankten – also kein unverständlicher schriftlicher «Behördensprech». Und schliesslich: eine einflussreichere Lobby («self advocacy») der Betroffenen selbst durch eine stärkere Vernetzung mit der Politik. Der öffentlichen Veranstaltung gingen zwei interne Vorbereitungsveranstaltungen voraus. Die in den Prozess eingebundenen SP-Regierungs-, National- und Grossrät:innen stellten in Aussicht, sich in ihren Gremien national und kantonal aktiv für Verbesserungen einzusetzen. ■



Gruppengespräche von Betroffenen mit Interessierten aus dem Quartier: SP-Grossrätin Melanie Eberhard begrüsst Publikum und psychisch Erkrankte zum Austausch.